

Herausgeber: „Sozialistischer“ e. G. m. b. H.
Redaktion: Breslau 1, Nikolaistraße. — Tel. Ring 8837

Schlesische

Annoncen-Expedition: Breslau 2, Gottschalkstraße 13.
Telefon für Inserate: Ring Nr. 8120 und Ohre Nr. 1159.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Briefkasten für den Monat. Durch die Post für den Monat.

Verlagsort: Breslau, e. G. m. b. H., Soz. u. A. B. G. m. b. H.

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Briefkasten für den Monat. Durch die Post für den Monat.

Die neuen Ehrenkennsurteile der ungarischen Bluthunde.

Der Budapester Obergerichtshof hat das Urteil im Prozeß gegen Igehewenen kommunistischen Volkskommissionäre fündet. Josef Haubrich, Peter Agoston, Desidor Banyi und Karl Santos wurden zum Tode durch den Strang, die übrigen Angeklagten Franz Bajali, Ion Dovesal, Josef Kelen, Heinrich Palmar, Alexander Babos und Georg Kujiztor zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Santos und Haubrich wurden Hochverrats schuldig gesprochen, weil sie durch den Beschluß der Sozialisten an die Kommunisten den Ausbruch der Proletarierdiktatur vorbereiteten und durch ihre Tätigkeit an der Schaffung der Sowjetverfassung teilgenommen haben. Ferner wurden diese beiden, weil sie gemeinsam mit Josef Boganyi an der Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft teilgenommen haben, der Anführung zum Mord schuldig gesprochen. Sämtliche Angeklagte wurden in 46 Fällen der Anführung zum Mord schuldig gesprochen; auch wird ihnen zur Last gelegt, daß sie bei der Schaffung der Revolutionstribunale und an der Verwerfung der gegenrevolutionären Bewegungen teilgenommen haben. Ueberdies wurden sämtliche Angeklagte an Herstellung des Sowjetgeldes der Falschmünzer schuldig gesprochen.

Während die Proletarierdiktatur amnestiert werden, läßt der Herr Horthy seine Pfeile aus den Kreisen der Revolutionäre hinschleudern. Ehren des bald in Budapest einziehenden Königs werden neue Galgen für Volkskommissionäre errichtet. Je tollerbar der weiße Schrecken wütet, um so lauter wird internationalen Proletariat der Ruf nach Vergeltung.

Rehe der Mörder! Auch für Ungarn wird ein Tag der Abrechnung kommen, auch Ungarn wird von der kommunistischen Weltrevolution nicht vergessen werden. Wird jetzt die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auf dem Plan erscheinen, um die Kulturmisschick gegen die Mörderhande in Budapest aufzurufen? Oder wird sie wieder in Verhandlungen eintreten, wenn die Mörder ihre friedliche Gesinnung versichern?

Die russische Sowjet-Regierung hat bereits vor längerer Zeit den Verbrechern in Ungarn angekündigt, daß eine Hinrichtung der Volkskommissionäre eine Hinrichtung von in Sowjet-Gefangenschaft befindlichen ungarischen abligen Offizieren nach sich ziehen würde. Es allein ist die Sprache, die von den Horthy-Defisten verstanden werden kann: Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut! Die russische Sowjet-Regierung pflegt keine Fragen zu dreheln. Sie allein ist hater der Hoffnungsloser des verblutenden ungarischen Proletariats, das seine Führer beraubt wird. Das Blut Lottanys, der seit 10 Jahren an der Spitze der ungarischen Proletarier stand das Blut Agostons, des großen Lehrers, das Blut Haubrichs, des langjährigen Führers der Budapester Metallarbeiter, das Blut von Karl Santos komme über die Budapester Schreckensmänner, es komme über die ungarische Feudallaste, deren Söhne in Upland die ersten Opfer der Tat ihrer Väter sein werden: — es komme über die kapitalistischen Ausgeier aller Länder die die kommunistische Weltrevolution bestrafen wird. Arbeiter, gedenkt Horthy-Ungarns!

Zeichen der Zeit.

New York. Der Präsident der „National Founders Association“ (Hüttenbesitzer) verlangt in einer hier gehaltenen Rede die Beibehaltung aller Arbeiterorganisationen. „Wir irrdern, daß alle Sozialisten vom öffentlichen Leben und öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden. Wir stellen nicht ein böses Ansinnen, wir präsentieren eine Forderung“ — sind fest Worte.

Die berale Wochenschrift „The New Republic“ bezeichnet sie zwar als „Konsens“, fürchtet aber, daß sie „gefährlich, so sie sind, doch ein Schicksal im Herzen so mancher amerikanischen Geschäftsmanns finden.“ Und die Flut solchen Unsinns hört“, schießt sie ihre Betrachtung.

Erklärung der Eisenbahner.

Der von den Eisenbahnerorganisationen eingesetzte Sechszehner-Ausschuß erläßt folgende Erklärung:

„Die großen Organisationen des Eisenbahnpersonals haben durch Schaffung einer lückenlosen Einheitsfront zur Wahrnehmung der berechtigten wirtschaftlichen Interessen aller Eisenbahner den Ausbruch wilder Streiks verhütet und die Bewegung in geordnete Bahnen gezwungen. Um so unverständlicher ist es, daß der Reichsverkehrsminister anstatt durch allgemeine Aufnahme von Verhandlungen die Organisationen in diesen Bestrebungen zu unterstützen, durch Herausgabe von Streikerlassen und Drohungen mit Disziplinarmaßnahmen, zu denen ein tatsächlicher Anlaß nicht gegeben ist, die Lage verschärft und die draußen herrschende Erregung ins Ungemessene steigert. Diesen Erlassen des Ministers fehlt jeglicher Rechtsgrund. Der Reichsminister vermag sich lediglich auf eine Erklärung der preussischen Staatsregierung zu berufen, obwohl die Reichsverfassung, auf welche die Beamten-

Erklärung!

Herr Liebermann, Herr Lutz — die intellektuellen Urheber, Herr Bankelei und die anderen Offiziere — die Vollstrecker der Schießerei vom Palaisplatz versuchen, ihre Schuld abzuwälzen. Ihr Gewissen ist nämlich sehr rein und ihre Tapferkeit kennt keine Grenzen. Deshalb wollen sie unsern Bezirkssekretär Genossen Klein, den der Tintentuli der bürgerlichen „Volksmacht“ „irgend einen hergelaufenen Redner“ schimpft, als den Schuldigen darstellen. Das wird ihnen nicht gelingen! Wir brandmarken jeden, der den Genossen Klein der Schuld an den Vorfällen auf dem Palaisplatz bezichtigt, als einen Verleumder und Lügner. Uns ist das gesamte Verhalten des Genossen Klein vor, während und nach der Demonstration bekannt und wir bekunden:

Einberufer der Demonstration war die B. R. P. D., jedes Wort, das Genosse Klein sprach, sagte er im Auftrage der B. R. P. D. Genosse Klein war verpflichtet, vor der öffentlichen Verleumdung das in unkorrekter Weise ihm überreichte Verbot der Demonstration den Einberufern zur Kenntnis zu bringen; das hat er getan; Genosse Klein hat bei dem Zusammenstoß, ohne Rücksicht auf die eigene Person, durch die Herausgabe der Zeitung: Die bekannten Kommunisten nach vorn und durch fortgesetzte Interventionen die Arbeiter vor den „Sicherheits“-Mannschaften geschützt und die Massen zum ruhigen Zurückgehen bewogen, er verließ mit als letzter den Platz.

Die Verantwortung für alles, was von seiten der B. R. P. D. im Zusammenhang mit der Demonstration am 27. Dezember geschah, trägt mit ruhigem Gewissen der Aktionsausschuß der B. R. P. D. von Breslau und die Bezirksverbandsleitung der B. R. P. D. Wir wünschen selber die Einleitung des Verfahrens wegen Landfriedensbruchs gegen uns und verlangen gleichzeitig die Aufhebung des kontradiktorischen Haftbefehls gegen Genossen Klein.

Die Bezirksverbandsleitung der B. R. P. D., Schlesien. Der Aktionsausschuß der B. R. P. D., Breslau. Die Redaktion der „Schles. Arb.-Ztg.“

vereidigt sind, den Beamten in Artikel 109 grundsätzlich die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung und in Artikel 150 die uneingeschränkte Vereinigungsfreiheit gewährleistet.

Was jetzt zur Erörterung steht, ist nicht die Frage, ob die Eisenbahner das Recht zum Streiken, sondern ob sie für sich und ihre Familien die Mittel zum Leben haben. Pflicht einer Regierung, die von ihren Bediensteten Eingabe und hochwertige Leistungen und von ihren Beamten ein besonderes Treueverhältnis verlangt, ist es, für deren Existenz ausreichend zu sorgen. Dieser selbstverständlichen Pflicht ist die Regierung nicht nachgekommen und hat dadurch ihre Arbeitnehmerschaft in eine Zwangslage gebracht. Die Frage eines Eisenbahnerstreiks wird nicht durch papierene Erlasse und Verordnungen entschieden, sondern durch das Maß des Entgegenkommens gegenüber den Forderungen der Organisationen.“

Meld.: Im Reichsverkehrsministerium haben am 29. Dez. die angekündigten Verhandlungen mit dem Sechszehner-Ausschuß der Eisenbahner stattgefunden. Bei dieser Verhandlung erhaltete, wie man erfährt, der Reichsverkehrs-

minister und der Staatssekretär Bericht über die Verhandlungen. Der Inhalt der Unterredung wird den Gegenstand von Verhandlungen bilden, welche am 3. Januar mit dem Reichsfinanzminister stattfinden sollen.

Auf einer Konferenz der Präsidenten der Reichseisenbahnen erklärte der Reichsverkehrsminister Groener: „Die Reichsregierung werde an dem in ihrer Kundgebung vom 17. Dezember enthaltenen Standpunkt gegenüber dem Beamtenstreik unerschütterlich festhalten.“

Die „Bresl. Ztg.“ meldet: Die Hirschberger Eisenbahner haben in ihrer am Montag abgehaltenen Versammlung zu den Forderungen ihrer Gewerkschaften Stellung genommen. Die Stimmung in der Versammlung ließ keinen Zweifel, daß bei der Urabstimmung unter den Hirschberger Eisenbahnern, die vom 28. bis 30. Dezember stattfindet, sich eine Mehrheit für den Streik ergeben wird. Alle Redner erklärten die von der Regierung bewilligten Zugeständnisse als zu gering.

Zur Strecke gebracht.

Der Rechtsanwalt Bernhard Lamp in Eibersfeld, der als Mitglied der kommunistischen Arbeiterpartei (angeblich wegen Hochverrats*) seit zwei Monaten in Haft gehalten wurde und vor etwa 15 Tagen in den Hungerstreik getreten war, um gegen die ungesetzliche Verhaftung zu protestieren, ist am zweiten Weihnachtstags an den Folgen des Hungerstreiks gestorben.

Wie hat die bürgerliche Klasse in Deutschland sich entristet, als der irische Bürgermeister von Cork, Mac Swinnen, Hungers gestorben war. Jetzt, beim Hungertode eines Kommunisten, wird kein Bourgeois sich aufregen.

Verstärkung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Die Sozialdemokratische „Frankische Tagespost“ veröffentlicht folgendes Schriftstück:

Der Staatskommissar für den Regierungsbezirk Mittelfranken.

Um eine gleichmäßige einheitliche Handhabung der Vorschriften über die Genehmigung von Versammlungen in geschlossenen Räumen und von geschlossenen Versammlungen überhaupt nach Buchstabe A. Ziffer 2 der gemeinsamen Bekanntmachung der Staatskommissare vom 28. November 1919 über Vollzug der B. O. über die Aufhebung des Kriegszustandes usw. — St.-Anz. Nr. 289 — zu sichern, sind die sämtlichen Staatskommissare über folgende Gesichtspunkte übereingekommen, nach denen bei der Erteilung oder Versagung der Genehmigung zu verfahren ist:

- Genehmigungspflichtig sind Versammlungen in geschlossenen Räumen:
- a) soweit sie öffentlich sind: Versammlungen jeder Art, also politische oder nicht politische;
- b) soweit, ohne daß sie öffentlich sind, in ihnen politische Angelegenheiten erörtert werden. Daher unterliegen der Genehmigungspflicht auch die regelmäßigen Vereinsversammlungen politischer Vereine, wenn sie wieder Erörterungen politischer Angelegenheiten dienen. Weiter sind genehmigungspflichtig sämtliche nicht politischen geschlossenen (nicht öffentlichen) Versammlungen mit Ausnahme von Vereinsversammlungen, die von den Vereinsleitern eingezogen sind, und zu denen nur die Mitglieder gegen Ausweis durch ihre Mitgliedskarte Zutritt haben.

Die Anordnungen unter Buchstabe A. Ziffer 1 (Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge usw. betr.) der eingangs erwähnten Bekanntmachung gehen unverändert weiter. ge.: Dr. v. Blaul.

Dieser neue Generalfreisch der Rahrregierung bedeutet die endgültige Aufhebung der Verfassung, des Koalitionsrechtes, das damit unter politische Aufsicht gestellt wird, eine Einschränkung des Versammlungrechtes, wie sie selbst unter dem Sozialisteneigek nicht schlimmer gehandhabt wurde. Die Rahrregierung hat mit der neuen Verordnung, für die sie nach der Verfassung ins Zuchthaus gehörte, einen weiteren Schritt zur Horchhorung Bayerns getan. An der Arbeiterchaft wird es liegen, diesen Versuch der bayerischen Reaktion ihren Widerstand entgegenzusetzen und dadurch den Erlaß aus dem Reiche Rahr zu einem wertlosen Papier zu machen.

Lebenshaltung und Löhne.

Von Dr. R. Ruczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Der Februar 1920 bildet einen Markstein in der deutschen Reichsstatistik. In diesem Monat wurden zum ersten Male — nach einem nicht ganz geglückten Versuch im November-Dezember 1919 — Teuerungszahlen gewonnen. In diesem Monat wurde auch die erste allgemeine Lohnerhebung durchgeführt. Die Teuerungszahlen wurden Ende August veröffentlicht. Die Löhne sind erst für einige wenige Gewerbe bekanntgegeben. Immerhin liegt schon genügend Zahlenstoff vor, um sich ein ungefähres Bild von dem Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Löhnen im Februar 1920 machen zu können. Für den Durchschnitt aller deutschen Städte über 10 000 Einwohner betrug damals die Teuerungszahl 621. Das bedeutet: der vom Statistischen Reichsamte angenommene Bedarf einer fünfköpfigen Familie an Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Leuchtmitteln und Wohnraum kostete 621 M. Für Groß-Berlin betrug die Teuerungszahl 659, d. h. 165 M. pro Woche. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß sich nach meinen Berechnungen die Kosten des wöchentlichen Existenzminimums für die gleichen Bedürfnisse einer viertköpfigen Familie auf 121 M. stellen. Das Weniger gegenüber der Reichszahl erklärt sich dadurch, daß ich nur mit einer viertköpfigen Familie rechne und eine noch anspruchslosere Ernährung zugrunde lege. Unter Einbeziehung aller in der Reichsstatistik nicht berücksichtigten lebensnotwendigen Ausgaben (Bekleidung, Wäschereinigung, Hausrat, Jahrgeld, Steuern usw.) kam ich für den Februar zu einem Existenzminimum von insgesamt 254 M. Demgegenüber ergab die Reichsstatistik als durchschnittlichen Wochenverdienst des erwachsenen männlichen Arbeiters in Groß-Berlin:

Baugewerbe	175 M.
Glas- und keramische Industrie	171 M.
Industrie der Oel- und Fettsäuren	160 M.
Lederindustrie	199 M.

Setzt man den Gesamtdurchschnitt für alle erwachsenen männlichen Arbeiter in Groß-Berlin auf 170 M. an, so wäre er um etwa ein Drittel geringer gewesen als die damaligen Kosten des Existenzminimums für eine viertköpfige Familie (254 M.). Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß dasselbe Existenzminimum im letzten Vorkriegsjahr mit knapp 29 M. um reichlich ein Sechstel geringer war als der damalige Durchschnittsverdienst von rund 35 M.

Es wagt sich nun die Frage auf, ob das Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Löhnen im Februar 1920 besonders ungünstig war. Diese Frage ist bei dem Mangel an zuverlässigem Material schwer zu beantworten. Im August 1919 habe ich den Durchschnittsverdienst der männlichen erwachsenen Arbeiter in Groß-Berlin auf 100 M. geschätzt. Das wöchentliche Existenzminimum mag damals etwa 150 M. betragen haben. Der Verdienst wäre also um annähernd ein Viertel geringer gewesen als die Kosten des Existenzminimums. Im Frühjahr 1920 aber war das Verhältnis noch ungünstiger als im Februar 1920, denn die Kosten des Existenzminimums stiegen auf 322 M. im März und auf 375 M. im April, ohne daß die Löhne entsprechend erhöht wurden. In der Folgezeit trat dann wieder eine Schwächung ein, da die Lebenshaltung etwas billiger wurde, während die Löhne weiter stiegen. Für den November 1920 schätze ich den durchschnittlichen Wochenverdienst auf 240 M.; die Kosten des Existenzminimums betragen 316 M. Der Verdienst war also, ähnlich wie im

August 1919, um etwa ein Viertel geringer als die Kosten des Existenzminimums.

	Wöchentliches Existenzminimum M. 1913/14 = 1	Wöchentlicher Verdienst M. 1913/14 = 1
August 1918/September 1919	29	etwa 35
August 1919	130	100
Februar 1920	254	170
November 1920	316	240

Darf man daraus schließen, die Lage der Groß-Berliner Arbeiterschaft sei heute die gleiche wie im August 1919 und besser als im Februar 1920? Das wäre nicht richtig. Im August 1919 hatten sehr viele und im Februar 1920 immerhin noch recht zahlreiche Arbeiterfamilien hinsichtlich Bekleidung, Schuhwerk und Wäsche, um zur Not ohne die Neuanfassungen, die an sich erforderlich waren und die in den Berechnungen des Existenzminimums selbstverständlich einbezogen sind, auskommen zu können. Heute ist das aber nur noch vereinzelt der Fall. Heute müssen die meisten Arbeiterfamilien Neuanfassungen vornehmen, wenn sie nicht elend verkommen wollen, und deshalb ist heute ein Leben mit einem Verdienst, der erheblich hinter den Kosten des Existenzminimums zurückbleibt, viel qualvoller als vor einem Jahre.

Arbeiter!

Die in Deutschland internierten Rotarmisten leiden Hunger und Kälte. Es ist Pflicht und Aufgabe des deutschen Proletariats, unsere russischen Brüder zu unterstützen. Die Rotarmisten, die in jähem, jahrelangen Ringen gegen die Soldaten von 28 Regierungen gekämpft und gesiegt haben, dürfen in Deutschland nicht zugrunde gehen. Darum Genossen, sammelt und gebt so viel ihr könnt.

Es wird dringend benötigt: Geld, Lebensmittel aller Art, Reisebestanden, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Kleidungsstücke (auch für Frauen).

Von jetzt ab ist alles zu senden an: Bezirksleitung Schlesien, S. S. D., Bernhard Straßwitz, Breslau, Nikolaistraße 49/50 oder Postfachkonto: Breslau 31919 Parzellstr. 2. Ziegler, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Bei Geldsendungen muß vermerkt werden: Für Rotarmisten. Dattiert wird in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

Die Ortsgruppen erhalten in den nächsten Tagen Sammelkästen für Rotarmisten und haben dann sofort mit den Sammlungen zu beginnen.

Bezirksleitung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien, gez. Ziegler, gez. S. Straßwitz.

Genossen!

Der Verschmelzungsparteitag der Kommunisten.

4. Tag. Berlin, den 8. Dezember 1920.

(Fortsetzung.)

Wo sonst noch Unionen bestehen, die noch nicht verendet sind, da müssen wir dafür sorgen, daß sie schnellstens durch den Uebertritt in die Gewerkschaften erledigt werden. Ebenso muß auch der Austritt einiger Tausend Mitglieder aus dem Landarbeiterverband, der kürzlich erfolgte, wieder rückgängig gemacht werden. Sozial wir wissen, entstand die Austrittsbewegung aus Sympathie für einige führende Genossen, die aus dem Verband ausgeschlossen worden waren. Dies ist natürlich völlig verkehrt und darf nicht wieder vorkommen. Auch im Kampfe um die Gewerkschaften müssen wir so handeln wie im Bürgerkrieg. Wenn einer auf der Straße bleibt, dürfen die anderen nicht fortlaufen, sondern sie müssen an seine Stelle treten. Wenn wir das

konsequent durchführen, dann können wir versichert sein, daß der Singsang der Gewerkschaftsbürokratie mit unseren angeblichen Sprengungsabsichten nicht lange vorhalten wird.

Genosse Riese hat mit Recht gesagt, daß unser Kampf nicht um die Eroberung von Posten gehen darf. Aber wenn wir in den Gewerkschaften auf Grund unserer Arbeit stark geworden sind, dann können wir es nicht ablehnen, leitende Stellen zu besetzen. Zu den Ausführungen gegen die Zellenbildung bemerkte Brandler, daß wir niemals unsere kommunistische Gesinnung verheimlichen können. Die S. S. D. und die U. S. P. sprechen nicht von den Zellen, aber sie bilden sie. Auch wir müssen weniger von den Zellen reden, dafür aber desto intensiver für die Zellenbildung arbeiten. Nur die straffe und allerhöchste Fraktionsbildung kann bewirken, daß sozial kommunistische Stöße wie möglich in die Gewerkschaften hineingetragen wird. Wir dürfen uns durch das Geschrei nicht davon abhalten lassen, denn dieses Geschrei beweist nur, wie sehr die Rechtssozialisten sich durch die Zellenbildung bedroht fühlen.

Der A. D. G. V. hat in der Frage der Lokomotiv-aufträge für Sowjetrußland eine Haltung eingenommen, die in der Agitation immer wieder dargelegt werden muß. Das ist die Art, wie die Legien und Konfordin die Kontrolle der Produktion durchzuführen versuchen. Man hat mit den Kapitalisten eine Gesellschaft gegründet und für die Vermittlung von Aufträgen für Sowjetrußland Prozente verlangt. Sagen Sie den Sozialisierungsaposteln, daß wir uns allerdings die Sozialisierung anders vorstellen und nicht als die arbeitgemeinschaftliche Ausbeutung des russischen Proletariats. Knüpfen Sie in Ihrer Gewerkschaftsarbeit an alle Nöte der Arbeiter an, dann brauchen Sie nicht zu reden, sondern sie können handeln. Und handeln müssen sie, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen.

Hierauf werden die Leiseführer zur Gewerkschaftsfrage mit drei vom Referenten gebilligten Abänderungsanträgen gegen eine Stimme angenommen. Ebenso wird der Antrag einstimmig angenommen, das Material über die Legienischen Volkswirtschafts-Gesellschaften zu sammeln und in einer Flugchrift herauszugeben.

Referat der Genossin Clara Zetkin zur Frauenfrage.

Genossinnen und Genossen! Die kommunistische Partei hat keine Ursache, in der Frauenfrage ihre grundsätzliche Auffassung zu revidieren. Sie hält daran fest, daß die Frauenfrage keine Frage an und für sich ist, die durch Reformen zu Gunsten des weiblichen Geschlechtes gelöst werden könnte. Ihrer Ueberzeugung nach ist die Frauenfrage nur ein Teil der großen sozialen Frage und sie kann nur mit ihr zusammen gelöst werden, wenn das Proletariat den Kapitalismus zerschmettert und den kommunistischen Staat errichtet. Die Gegenwart hat bestätigt, was uns die Geschichte lehrt, nämlich daß das Privateigentum die letzte Phase der Minderberechtigung des weiblichen Geschlechtes ist. Solange das Privateigentum weiter besteht, wird die Frauenrechtelei nur zu einem Ergebnis führen: daß die Frau des werktätigen Volkes als Ausgebeutete auf Grund der Klassengegensätze niemals ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Manne erlangen kann. Die kommunistische Gesellschaft eröffnet auch der Frau ihre volle Gleichberechtigung auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten. Die kommunistische Ordnung, die allein die Frau zu befreien in der Lage ist, wird nicht das Werk des Zusammenwirkens aller Frauen im Kampfe für die Aufhebung der Vorzugstellung des Mannes sein, sondern sie kann nur verwirklicht werden durch den gemeinsamen Kampf ohne Unterschied des Geschlechtes. Es wird die Frage aufgeworfen: Was

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Von Friedrich Engels.

(Schluß.)

Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation. Der Kampf ums Einzelbrot hört auf. Damit erst löst sich der Mensch, in gewissem Sinne, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die zum ersten Male bewußt, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Bergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Daseins, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigene Bergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte auferlegt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat. Die abstrakten, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit voller Bewußtheit selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in hohem steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.

Fassen wir zum Schluß unseren Entwicklungsgang kurz zusammen:

I. Mittelalterliche Gesellschaft: Kleine Einzelproduktionen, Produktionsmittel im Einzelbesitz, zugehörige, beider armäßig-unabhängigkeit, Kleinst-, von zergliederter Arbeit. Produktion für den unmittelbaren Verbrauch, sei es des Produzenten selbst, sei es seines Feindes. Das da, wo ein Ueberfluß der Produktion über

diesen Verbrauch stattfindet, wird dieser Ueberfluß zum Verkauf ausgedient und verfällt dem Austausch: Warenproduktion also erst im Entstehen; aber schon jetzt enthält sie in sich im Keim, die Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion.

II. Kapitalistische Revolution: Umwandlung der Industrie zuerst vermittels der einfachen Kooperation und der Manufaktur. Konzentration der bisher zerstreuten Produktionsmittel in großen Betrieben, damit ihre Verwandlung aus Produktionsmitteln des einzelnen in gesellschaftliche — eine Verwandlung, die die Form des Austausches im ganzen und großen nicht berührt. Die alten Aneignungsformen bleiben in Kraft. Der Kapitalist tritt auf: in seiner Eigenschaft als Eigentümer der Produktionsmittel erzieht er sich auch die Produkte an und macht sie zu Waren. Die Produktion ist ein gesellschaftlicher Akt geworden; der Austausch und mit ihm die Aneignung bleiben individuelle Akte, Akte des einzelnen: Das gesellschaftliche Produkt wird ansgeschieden vom Einzelkapitalisten. Grundwiderspruch, aus dem alle Widersprüche entspringen, in denen die heutige Gesellschaft sich bewegt, und die die große Industrie offen an den Tag bringt.

A. Scheidung des Produzenten von den Produktionsmitteln. Separierung des Arbeiters zu lebenslänglicher Lohnarbeit. Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.

B. Beschäftigtes Hervortreten und steigende Wirksamkeit der Schicht, die die Warenproduktion beherrscht. Fälschlicher Konfliktkampf. Widerspruch der gesellschaftlichen Organisation in der einzelnen Fabrik und der gesellschaftlichen Anarchie in der Gesamtproduktion.

C. Fortwährende Verarmung der Masse, durch die Konzentration zum Zwangsarbeit für jeden einzelnen Individuum gemacht und gleichzeitig mit sich bringender Ausbeutung von Arbeitern: industrielle Reservearmee. — Andererseits zunehmende Aneignung der Produktion, ebenfalls Zwangsarbeit der Konzentration der Produktionskräfte, Ueberfluß des Agchots über die Nachfrage, Ueberproduktion, Ueberfüllung der Märkte, jährliche Krise, etc. — Austausch: Ueberfluß hier, von Produktionen anderer Proletarien — Ueberfluß dort, von Produkten

ohne Beschäftigung und ohne Existenzmittel. Aber diese beiden Hebel der Produktion und des gesellschaftlichen Wohlstandes können nicht zusammenfallen, weil die kapitalistische Form der Produktion den Produktivkräften verbietet, zu wirken, den Produkten, zu zirkulieren, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital verwandelt: was gerade ihr eigener Ueberfluß verhindert. Der Widerspruch hat sich gesteigert zum Widerstand: Die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschform. Die Bourgeoisie ist überführt der Unfähigkeit, ihre eigenen gesellschaftlichen Produktivkräfte fernerhin zu leiten.

D. Teilweise Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte, den Kapitalisten selbst aufgenötigt. Aneignung der großen Produktions- und Verlehrsorganismen, erst durch Aktiengesellschaften, später durch Trusts, sodann durch den Staat. Die Bourgeoisie erweist sich als überflüssige Klasse; alle ihre gesellschaftlichen Funktionen werden jetzt erfüllt durch besoldete Angestellte.

III. Proletarische Revolution, Auflösung der Widersprüche: Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt trotz dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entzogenen gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihnen gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Die gesellschaftliche Produktion nach vorher bestimmtem Plan wird nunmehr möglich. Die Entwicklung der Produktion macht die ferne Existenz verschiedener Gesellschaften zu einem Anachronismus. In dem Maße, wie die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion schwindet, schwindet auch die politische Autorität des Staates ein. Die Menschen, endlich Herren ihrer eigenen Art der Bergesellschaftung, werden dann zugleich Herren der Natur, Herren ihrer Tat — frei.

Diese weibliche Tat durchzuführen, ist die politische Aufgabe des modernen Proletariats. Ihre Bedingungen, und damit ihre Natur selbst, zu verändern, und so der zur Aktion berufenen, heute unbedingten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Tat zu verwechseln zu bringen, ist die Aufgabe des Proletariats. Der Proletarische Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.

kennt denn die kommunistische Frauenbewegung von der sozialistischen Frauenbewegung der Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen? Ich antworte darauf: Die kommunistische Frauenbewegung wird von den Frauenbewegungen anderer sozialistischer Bewegungen durch alles getrennt, was das Entscheidende in diesem Augenblick ist, durch alles, was das Gebot der Stunde gegenwärtig vor uns hinstellt. Es handelt sich gegenwärtig nicht mehr um kleine Reformen. Auch für uns ist es notwendig, den Kampf aufzunehmen für die Eroberung der politischen Macht. Die Frauenbewegung der kommunistischen Partei hat nur ein Ziel: die breitesten Frauenmassen des schaffenden Proletariats zu fähigen Mitträgerinnen des Kampfes für die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

Internationale.

Bergarbeiterstreik in Mährisch-Strau.

Nachdem ein neuer Streik der Bergleute angekündigt war, sind bereits 4000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Die Vertrauensmänner der Bergarbeiter wurden auf die Möglichkeit der Militarisierung der Bergwerksbetriebe aufmerksam gemacht.

Vor einem Eisenbahnerstreik in Spanien.

(„Kosta Wien“.) Die Eisenbahner haben beschlossen, nachdem auf ihre Forderungen von Seiten der Gesellschaften in negativer Weise geantwortet wurde, gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife zu protestieren, die Nationalisierung des gesamten Eisenbahnnetzes zu fordern und auf die administrativen und materiellen Verbesserungen nicht zu verzichten. Der Eisenbahnerverband wurde aufgefordert, die Unterstützung aller Eisenbahner Spaniens bei diesen Forderungen nicht zu verweigern. Für das Ende dieses Monats wird der Generalstreik erwartet.

Die mexikanischen Landarbeiter besetzen Güter.

Aus Mexiko City wird gemeldet: Unter den Landarbeitern Mexikos greift die revolutionäre Bewegung immer mehr um sich. Enteignungen von großen Gütern werden immer häufiger durch die revolutionären Landarbeiter durchgeführt. So haben 2000 streikende Landarbeiter das Gut „De la Puertas“, eines der größten und reichsten Güter Mexikos, in Besitz genommen. Die mexikanische Regierung sandte zu den Landarbeitern eine besondere Abordnung, die den Streik der Landarbeiter mit den Ausbeutern schlichten sollte. Die Delegierten kamen nach einer genau durchgeführten Untersuchung zu dem Ergebnis, daß diese Besetzung noch aus der Zeit der spanier Eigentum der Ortsangehörigen sei und von den jetzigen Eigentümern widerrechtlich in Besitz genommen worden sei. Die Regierung wagt es nicht, Schritte zu unternehmen, um den Landarbeitern das enteignete Gut zu entreißen, da die Landarbeiter ausgezeichnet bewaffnet sind, moderne Karabiner besitzen und Munition, die sie bei der Demobilisierung, nach Beendigung der letzten Revolution, mit nach Hause genommen hatten.

Die englischen Bergarbeiter wieder in Bewegung.

Die englischen Bergarbeiter, vor allem in Süd-Wales, dem englischen Ruhrgebiet, sind in ständiger Kampfstimmung. Sobald es der Regierung, den Unternehmern und den Reformsozialisten in trautem Verein gelungen ist, eine Bewegung abzuwürgen, ist eine neue im Gange. So ist es auch jetzt wieder der Fall. Auf der Zeche „Parc“ hatte die Direktion 12 mißliebige Arbeiter unter nichtigen Vorwänden entlassen. Die Arbeiterschaft sah darin einen Versuch des Unternehmertums, das Proletariat einzuschüchtern und trat in eine Aktion. Zunächst haben alle Bergleute des Rhondda-Gebietes, 50 000 Mann, die Arbeit niedergelegt. Und falls die 12 Entlassenen nicht wieder eingestellt werden, ist mit dem Generalstreik in ganz Süd-Wales zu rechnen. — Wenn zu der gegenwärtigen gewaltigen Arbeitslosenkrise Englands auch noch ein Bergarbeiterstreik tritt, sind die Folgen unabsehbar.

Wahlerfolge der englischen Arbeiterpartei.

Zwei Nachwahlen in Wales zum englischen Unterhaus brachten Erfolge der Arbeiterpartei. In Aberdarey erhielt der Arbeiterkandidat Barker 15 500 und der Bürgerliche 7800 Stimmen. Und in West-Rhondda siegte John von der Arbeiterpartei mit 14 000 Stimmen gegen 10 000 Stimmen des Bürgerlichen. Die beiden neuen Abgeordneten gehören der Zentrumsrichtung der englischen Sozialisten, der „Unabhängigen Arbeiterpartei“, an. Die Kommunisten haben bei den Wahlen zum Unterhaus bisher noch keine eigenen Kandidaten aufgestellt.

BetriebsEinstellung englischer Spinnereien.

Die bedeutendsten Spinnereien von Belfast haben ihren Betrieb eingestellt. Etwa 30 000 Arbeiter sind durch die Maßnahme betroffen.

Kohlenpreistreiberi und Betriebsstillegungen in Polen.

Der „Kurjer Warszawski“ meldet am 11. Dezember: Wegen des Kohlenmangels wird die ganze Textilindustrie in Lodz, die 60 000 Arbeiter beschäftigt, mit Stillstand bedroht. Den Betrieb haben schon die Fabriken Geyer eingestellt, die 25 000 Arbeiter beschäftigen. Gestern sind Telegramme eingetroffen, daß Scheibler & Grogmann ihren Betrieb einstellen. In dieser Angelegenheit hat Abg. Wittwicz im Landtag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Es fanden in dieser Angelegenheit ebenfalls Konferenzen der Industriellen mit den Vertretern der Arbeiter und dem Ministerpräsidenten Widos, den Ministern Stulski, Dopolowski und Brzanowski statt.

Wegen der erneuten Erhöhung der Kohlenpreise in den Gruben und der Erhöhung der Eisenbahntarife verlaufen die Kohlenhandlungen beim Versorgungsamt seit dem 3. Dezember die Kohle zu folgenden Preisen: Im Großhandel beträgt der Preis der größeren Kohlenorten 48 Mk. pro Kub, Maß Nr. 3 32 Mk. pro Kub mit Ablieferung; im Detailverkauf kostet die Kohle größere Sorten 40 Mk. pro Kub, Maß Nr. 3 34 Mk. loco Stadtlager.

Hungerstreiker.

70 Sozialisten, welche wegen des Attentates auf den rumänischen Senat in der Festung Jilowa interniert sind, in den Hungerstreik erklärt.

Moan, der Stinnes von Amerika.

New York. Hauptgrund für die gegenwärtige schwierige Lage in der Kohlenversorgung und die daraus resultierenden hohen Preise ist die Kontrolle, die die Firma J. P. Morgan über die großen unerschlossenen Kohlenfelder von Pennsylvania ausübt.

Der Gesamtanthracitbergbau Pennsylvaniens wird bereits von der Firma Morgan beherrscht. Die Erschließung der unerschlossenen Kohlenfelder von Pennsylvania würde eine wesentliche Besserung der augenblicklichen Lage herbeiführen.

Arbeiter der ganzen Provinz!

Die Schergen der Bourgeoisie haben unschuldiges Arbeiterblut vergossen. — Noch größeres Elend als bisher bedroht die Angehörigen des Gefallenen und der Verwundeten. Wenn wir nicht für sie sorgen, wird den Verwundeten die notwendige Pflege fehlen. Das dürfen wir nicht dulden.

Es ist unsere freundliche Pflicht, uns der Opfer einer kriegsähnlichen Polizeiwirtschaft anzunehmen. Wir fordern Euch auf, sofort in allen Betrieben, bei allen Parteiveranstaltungen der nächsten Zeit Sammlungen für unseren Unterstützungsfonds zu veranstalten. Die Ergebnisse der Sammlungen sind zu senden an Genossen Bernhard Grashwih, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Die überfandenen Beträge werden in der „Schließenden Arbeiterzeitung“ ausgewiesen.

Dieser Aufruf muß in jedem Betrieb der ganzen Provinz an sichtbarer Stelle angeschlagen werden.

F. A. P. P.

Die Bezirksverbandsleitung Schlesien.

Diese Erklärung gab als Sachverständiger der Vizepräsident der Sailer Coal-Company, deren Sitz in New-York ist, dem Bezirksanwalt von Pennsylvania ab.

Die Verteilung der Kohle, führt der Sachverständige weiter aus, geschehe unter Bevorzugung bestimmter Firmen durch Gesellschaften, hinter denen Morgan stehe. Dieser Verfolgung eine Politik, die ganz nach seinen privaten Interessen gerichtet würde.

Alles konzentriert sich.

Washington. Zehn von den größeren Mühlen gebildete Konzerne vermählten nach Feststellung der offiziellen Federal Trade Commission (Handelskommission) über die Hälfte des Gesamtweizenbedarfs der Vereinigten Staaten.

Die kleineren Mühlen verschwinden mehr und mehr. Das Mahlgewerbe ist fast ausschließlich in der Hand von zusammen 37 Gesellschaften, deren Betriebe einen gewaltigen Aufschwung genommen haben.

Während ihr Gewinn 1913/14 rund 5 1/2 Millionen Dollar betrug, stieg er 1917/18 auf 22 1/2 Millionen Dollar. Dementsprechend sind auch — trotz bedeutender Abschreibungen — die Dividenden gewachsen; zahlten die Gesellschaften doch 1917/18 30,8% — 44,7% Dividende aus.

Republik Deutschland

Schnaps statt Kartoffeln.

Aus Württemberg wird der „Welt am Montag“ geschrieben:

„Die Fabriken hier sind voll beschäftigt in der Kupferschmelzbranche. Es können die Aufträge für Kupferessig für Brennereien garnicht erledigt werden. Die Kartoffeln werden von den Brennereien für 120 Mk. pro Zentner aufgekauft. Es geht also mit den Kartoffeln wie im Herbst mit den Zwetschen, die meist nach Bayern in Brennereien gingen, aber auch nach Berlin (in Fassern gestampft).“

Dem Verdienste die Krone.

Der Generalleutnant von Seedt ist zum General der Infanterie befördert worden. Den gleichen Rang haben die Generalmajore von Dassel und von Lohberg erhalten. Seedt hat schon gleich nach dem Kapp-Putsch sich legalisiert, indem er durch geschickte Drehung im rechten Augenblick die wankende militärische Macht der Gegenrevolution den Händen des Generals Lüttwitz entwand, um sie in seinen Händen noch fester zu konzentrieren, als es Lüttwitz je gelungen war. Dassel und Lohberg, offene Kapp-Verchwörer, sind jetzt durch ihre Beförderung legalisiert worden. Es ist verständlich, daß zu einer Zeit, in der Kessel und Zumbroich wieder in Amt und Würden eingesetzt werden, auch die Verchwörer-Generale von Fritz Ebert, den schon Oberst Bauer im März als brauchbares Inventarstück in das Kapp-Regime übernehmen wollte, ihr Belohnungsgehalt erhalten.

Gewerkschaftliches.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller.

(13. Fortsetzung.)

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zeigte uns, daß wir unaufhaltsam dem Untergang zusteuern. Wir haben gesehen, daß die Bourgeoisie versucht, sich zu retten, indem sie dafür Millionen Arbeiter vernichten will. Wer unterstützt die Bourgeoisie bei der Aufrichtung ihrer ökonomischen Macht? Politisch betrachtet sind es die Rechtssozialisten mit ihrer Demokratie und ihrer Wirtschaftspolitik. Diese rechtssozialistische Wirtschaftspolitik ist aber die Politik der Gewerkschaftsführer: ist die Politik der Arbeitsspekulation!

Es läßt sich nachweisen, daß die kapitalistische Gesellschaft ihre letzte Hoffnung setzt auf die Arbeitsgemeinschaften, auf die Gewerkschaften. Das klingt uns allen ganz unfaßbar und doch ist dem so. Vor zwei Jahren, im Oktober 1918, haben die deutschen Ochscharfmacher, die Stinnes und Konsorten, die Revolution kommen. Was taten sie? Sie traten zusammen und berieten die Lage: und das Ergebnis dieser Beratung? Der Geschäftsführer der Schwerindustriellen Dr. Reichert hat es uns mitgeteilt:

„... Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar (1918). Es kam darauf an: wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegziehenden Sozialisierung der Wirtschaft und der nahenden Revolution bewahren? — ... Einen überraschenden Einfluß schien nur die organisierte Arbeiterschaft zu haben. Daraus zog man den Schluß: Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften.“

Hier wird doch wohl klar genug ausgesprochen, daß die in Not geratenen Unternehmer Hilfe bei den Gewerkschaften suchen, „Bundesgenossen“, wie sie sagten, und zwar Bundesgenossen für ihren Kampf gegen die Revolution, gegen das Proletariat.

Es ist gewiß ein teuflischer Plan, den damals die Stinnes und Konsorten ausheckten. Aber sie haben sich nicht getäuscht; sie wurden von Leuten und Genossen mit offenen Armen empfangen. Die Arbeitsgemeinschaft wurde abgeschlossen zu einer Zeit, wo die Arbeiterklasse die politische Macht in den Händen hatte. (15. November 1918.)

Seit November 1918 versuchen die Gewerkschaften mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft die kapitalistische Wirtschaft wieder aufzurichten.

Mit welchem Erfolg?

Den Unternehmern geht es gut, sie haben genug papiernen Reichtum, der es ihnen ermöglicht, dem Volke die letzten Lebensmittel wegzunehmen. Dieser papierne Reichtum muß natürlich eines Tages zusammenbrechen.

Und was hat die Arbeitsgemeinschaft den Arbeitern gebracht? Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, Massenelend, Massensterben.

Aber trotz dieser offenkundigen Tatsachen beschimpft man uns, wenn wir sagen, die Gewerkschaftsbürokratie, die Trägerin der Arbeitsgemeinschaften, hängen die Bourgeoisie. Wir wollen die Vertreter der Bourgeoisie, die Unternehmer selbst sprechen lassen.

Stinnes, der als erster die „Bundesgenossenschaft“ der Gewerkschaftsführer suchte, erklärte in einer Sitzung des Reichswirtschaftsrates, daß nur die Arbeitsgemeinschaften das Wirtschaftsleben retten können.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz.

Siegnitz.

Der am 2. Januar 1921 in Siegnitz stattfindende Kurtag wird im Restaurant „Bergheimnüt“, Breslauerstr. abgehalten. Beginn 9.30 Uhr.

Die Bezirksleitung.

Sotales.

Breslau, den 31. Dezember 1920.

An Ihren Führern

kann man jede Partei erkennen . . .

Mit diesem Wort, das den Sozialverrätern von der Graupenstraße in ihrem Schmähartikel gegen die Kommunisten entchlüpfte, haben sie sich böse in die Kesseln gesetzt. Wir sind ihnen dankbar für die Klärung. Gibt sie uns doch willkommene Gelegenheit, die Charakterlosigkeit ihrer Partei gerade an Hand ihrer Führer zu beleuchten. Es würde schon Hände füllen, wollte man nur einen Teil der S. P. D.-Führer Revue passieren lassen. Darum nur ganz Weniges der Volkswacht und vor allem der Arbeiterschaft zur Erinnerung. Von dem „Arbeiterführer“ Noske und seinen spezialisierten hängern Heine, Sebring, Hörsting ganz zu schweigen, sei zunächst des Herrn Böbe, dieses Erdemagogens, gedacht. Was es nicht gerade dieser Herr, der als Arbeiterführer dem Proletariat aufs eifrigste die Nationalversammlung suggeriert, der die (kapitalistische!) Verfassung und das parlamentarische System fortgesetzt verherrlichte! War nicht Herr Böbe einer der Väter der Reichswehr! Wir glauben, schon das genügt. Haben wir doch schon unzählige Male nicht nur gesagt, sondern bewiesen, daß diese Dinge in erster Linie die Schuld an den heutigen Verhältnissen tragen. Jetzt macht Herr Böbe, dieser Heineke Fuchs, freilich Opposition gegen

das Ganze (von ihm mitgeschaffene). Als ob vorher nichts gewesen wäre... Kunststück! Stehen doch wieder mal Wahlen vor der Tür. ...

Das demokratische Parlament, die Kommunisten, und die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner. Ueber dieses Thema sprach am 28. Dezbr. abds. 7 Uhr Genosse Ziegler im "Kronprinzen" in stark besuchter öffentlicher Versammlung.

lassung von nicht erwerbsbedürftigen Angestellten merdenden Stellen, soweit sie offen bleiben, nur erwerbsbedürftige Büroangestellte, die wegen Abbau Entlassung kommen, besetzt werden.

Aufforderung an die städtischen Arbeiter! Wir fordern alle streikenden städtischen Arbeiter auf, Mittwoch, den 22. Dezember 1920, früh 6 Uhr, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Protest der nichtständigen Büroangestellten beim Magistrat. Die geplante Massenentlassung der nichtständigen städtischen Büroangestellten durch den Magistrat, eine, angesichts der Verhältnisse wirklich "menschenfeindliche" Handlung, hatte die in ihrer Existenz bedrohten Angestellten am vergangenen Donnerstag im Gewerkschaftshaus zusammenfinden lassen.

Magistrats-Mitteilungen. Kohlenkarten und Wohnungswechsel. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß bei Umzügen Kohlenkarten für die alte Wohnung von den Brotmarkenausgabestellen eingezogen werden.

Stadttheater. Freitag 6 1/2 Uhr: Die Fledermaus. Jobe-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Struwwelpeter. Challa-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Rötchen. Lieblich-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Gisela Werbowski und das grosse Volkstheater-Programm.

6 I. Internationales Breslauer 6 Tage-Rennen 6 in der Jahrhunderthalle Breslau. 25. Dezember 1920 bis 1. Januar 1921. Eintritt jeder Zeit! Es starten: W. Post - Lorenz - Salsky - Sals - Tadewald.

Walhalla-Theater. Am Wachtplatz. Der nord. Abenteuerroman Das Skelett des Herrn Markutius. Carolas Toelle in Der siebente Tag.

Central-Ball-Saal. (Deutscher Kronprinz) A. Hahn. Westendstrasse 50/52. Strassenbahnlinie 1 u. 21. Am Silvester-Abend sowie Neujahrstag und Sonntag Großer Tanz. Prosit Neujahr!

Achtung! Achtung! Achtung! Dienstag, den 4. Januar, abends 7 Uhr im Lokal "Großer Karfunkel" Außerordentliche Generalversammlung.

Frauen. Wenn alles verjagt, dann nehmen Sie bei Periodenstörung und Unregelmäßigkeiten meine unzweifelhaft bewährte Bäume.

Frauen keine Angst. Bei Ausbleiben u. Störungen d. Periode. Meine unübertroffen Mittel bringen ein u. allein Hilfe. Erfolg viel schon in einig. Stunden.

Ein gesundes neues Jahr wünsche ich allen meinen Kunden und Genossen. Zigarrenhaus Alsenstrasse 50. Empfehle mich weiter bei Bedarf von Rauchwaren.

Einfache Möbel nach künstlerischen Entwürfen zu zeitgemäß billigen Preisen gegen bar oder erleichterte Zahlungsweise. Albrechtstrasse Nr. 39 Eingang Altbückerstr., I. Stock.

Abgespielte Grammophon-Platten sowie Bruch kaufen wieder zu höheren Preisen, ebenso gebrauchte Leiern und Spieluhren. Carl Sackur, Ring 54.

Frauen keine Angst. Bei Ausbleiben u. Störungen d. Periode. Meine unübertroffen Mittel bringen ein u. allein Hilfe. Erfolg viel schon in einig. Stunden.

Bäder, Konditoren, Händler. Die für das Kalenderjahr 1921 zu fließenden Bäder sind am Montag, den 3. Januar 1921, von 12-2 Uhr mittags, in der zuständigen Brotmarkenausgabestelle gegen Zahlung einer Gebühr von 6,00 Mark.

Kleinhandelshöchstpreis für Zucker im Kleinhandel. Auf Anordnung der Provinzial-Zuckerstelle im Kleinhandel: 1 Pfund Würfelzucker 3,71 Mk.